

Medienmitteilung

Parolen zur Eidgenössischen Volksabstimmung vom 14. Juni 2015

3 x NEIN und 1 x JA

Die BDP Kanton Solothurn lehnt an seiner ausserordentlichen Parteiversammlung vom 26. Mai 2015 mit Ausnahme der Präimplantationsdiagnostik alle Vorlagen ab.

Erbschaftssteuer

Die BDP Kanton Solothurn beschliesst mit nur einer Gegenstimme die NEIN Parole. Nach dem aktuellen Steuersystem werden bereits heute die Vermögen mehrfach besteuert. Zudem liegt die Kompetenz zur Erhebung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer seit jeher bei den Kantonen. Sie ist Teil ihrer Finanzautonomie und soll ihnen nicht entzogen werden. Unverhältnismässig findet die BDP die Tatsache, dass sogar Schenkungen rückwirkend ab dem Jahr 2012 zu versteuern wären. Diese Initiative gefährdet unnötig Arbeitsplätze und den sozialen Frieden unseres Landes.

Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG)

Die BDP Kanton Solothurn beschliesst nach einer angeregten Diskussion Einstimmig mit zwei Enthaltungen die NEIN Parole. Hauptargument dagegen ist die Tatsache, dass mit dem neuen Radio- und TV Gesetz auch die meisten Unternehmen weiterhin eine Gebühr bezahlen müssen. Es ist unsinnig, dass einerseits jeder Haushalt eine Gebühr bezahlt und die Arbeitgeber zusätzlich nochmals zur Kasse gebeten werden. Daher hofft die BDP Kanton Solothurn, dass dieser Missstand bei einem Nein zu diesem Gesetz in Zukunft aus dem Gesetz verschwindet.

Stipendieninitiative

Die BDP Kanton Solothurn beschliesst einstimmig die NEIN Parole. Für die BDP ist klar, dass das Stipendienwesen auch weiterhin in der Kompetenz der Kantone liegen soll. Zudem sind die geplanten Mehrkosten in der Höhe von Fr. 500 Mio. für den Bund eine erhebliche Mehrbelastung. Die BDP Kanton Solothurn ist der Meinung, dass die Mitgliedschaft im Stipendienkonkordat für unseren Kanton der richtige Weg ist. Zudem tritt bei einem Nein zu dieser Initiative das bereits beschlossene Ausbildungsbeitragsgesetz des Bundes in Kraft, welches mit finanziellen Anreizen die Vereinheitlichung der Vergabekriterien in den Kantonen beschleunigen wird.

Präimplantationsdiagnostik

Die BDP Kanton Solothurn unterstützt mehrheitlich die vorgeschlagene Änderung des Verfassungsartikel 119. Trotzdem gaben die dadurch möglichen genetischen Untersuchungen an Embryonen einiges zu diskutieren. Die Grundsatzfrage lautete: Wie stark soll sich der Mensch in die Natur einmischen?

Auskunft:

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn, 079 673 93 78

Christian van den Broeke, Vizepräsident BDP Kanton Solothurn 079 344 24 63

26.05.2015